



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	SJS/029/2015
Datum	Montag, den 26.01.2015
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	19:45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Hans Litzinger	Ausschussvorsitzender	SPD
Sandra Ihne-Köneke	Stadtverordnete	SPD
Ingeborg Koster	Stadtverordnete	SPD; i.V.f. Stve. Volk
Kemal Yüksel	Stadtverordneter	SPD
Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stv. Hundertmark
Dorothea Marx	Stadtverordnete	CDU
Petra Weiß	Stadtverordnete	CDU
Gudrun Borchers	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter	FW; bis 19:20 Uhr
Thomas Schermuly	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Manfred Wagner Bürgermeister

von der Verwaltung

Peter Matzke	Koordinationsbüro Dez. II
Wolfram Becker	Jugendamt
Wolfgang Böcher	Jugendamt
Hans-Helmut Hofmann	Jugendamt/Jugendbildungswerk
Andrea Simon	Kämmerei
Wendelin Müller	Sportamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Peter Feth, als Schriftführer

außerdem war anwesend

Stve. Kornmann, Die Linke

AV Litzinger eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder erklärten sich damit einverstanden, den Bericht des Jugendamtes bezüglich der Ferienspiele (TOP 5) vorzuziehen.

Der Ausschuss bestätigte einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 01.12.2014**
- 2 Haushalt 2015**
- 3 Anpassung der Nutzungsgebühren der städtischen Bäder
Vorlage: 2307/15 - I/504**
- 4 Bürgerbeteiligung Freibad "Domblick"
Vorlage: 2324/15 - I/509
Mitteilungsvorlage**
- 5 Ferienpass/Ferienspiele 2014/2015
- Bericht-**
- 6 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
- Sachstandsbericht -**
- 7 Verschiedenes**

Zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 01.12.2014

Mitteilungen

Bgm. **W a g n e r** teilte mit, dass im März drei U-17-Länderspiele im Stadion stattfinden werden.

Anfragen

Keine.

Niederschrift vom 01.12.2014

Bgm. **W a g n e r** wies darauf hin, dass der Minneburgpreis ein städtischer Preis sei, nicht des Landes.

Die Niederschrift wurde ohne weitere Änderungswünsche genehmigt.

Zu 2 Haushalt 2015

Auf Antrag des Stv. **B r e i d s p r e c h e r** wurden die Seiten des Haushaltsplanes einzeln aufgerufen, um Fragestellungen zu diskutieren. Der Ausschuss war damit einverstanden, hierbei die vorliegenden Haushaltsanträge mit zu besprechen und abzustimmen.

Entwurf des Haushaltsplanes und Anträge

Seite 253 / Haushaltsantrag 104 (Soziale Leistungen / WetzlarCard)

Abstimmung: 4.7.0

Seite 302 (Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem Kind)

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erkundigte sich, warum 172.000 € und damit rund 50 % weniger als 2014 und 2013 eingestellt würden. Herr **B e c k e r** erklärte, dass die Zahlen durch Schätzungen ermittelt würden. Korrekturen im Nachtrag seien möglich.

Seite 325 (Heimerziehung)

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bat um Auskunft, warum bei einer Erstattungsposition ein negativer Betrag (- 264,90 €) stehe. Bgm. **W a g n e r** sagte Beantwortung zum Protokoll zu. Antwort des Fachamtes: „Auf dem Konto war eine Forderung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 12.726,65 € gebucht. Wegen eines laufenden Rechtsstreits mit der Stadt Frankfurt/M. aus dem Jahr 2012, der zur Rücknahme einer Anordnung auf diesem Ertragskonto 0660800.547820000 in Höhe von 12.991,55 € im Jahr 2013 führte, ergab sich per Saldo ein Negativbetrag von 264,90 € auf dem Konto. Die Klärung des Sachverhalts ergab sich im September 2013 und konnte nicht mehr im Haushaltsjahr 2012 verbucht werden.“

Ferner erkundigte sich Stv. **Breidsprecher**, warum es die großen Beträge nun nicht mehr gebe. Herr **Becker** erklärte, dabei handele es sich um einen Erstattungsfall, der vor dem Verwaltungsgericht gewonnen werden konnte. Derzeit seien zwölf Fälle streitbefangen. Das Jugendamt rechne auch in diesem Jahr mit Einnahmen. Gleichzeitig gab er der Hoffnung Ausdruck, dass Erstattungsbegehren anderer Jugendhilfeträger erfolgreich abgewendet werden könnten.

Seite 337 (Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen)

Stv. **Breidsprecher** fragte nach, warum - gegen den bundesweiten Trend - eine Verringerung der Kosten bei den vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen erreicht werden könne. Herr **Becker** erklärte hierzu, dass das Jugendamt viele Kontakte zu solchen Familien suche und daher bereits im Vorfeld § 8 a SGB VIII-Maßnahmen vermeiden könne. Jugendliche hätten Anspruch auf Unterbringung, wenn sie dies verlangten. Auch im Schutzverfahren nach § 8 a SGB VIII seien Inobhutnahmen möglich.

Seite 340 (Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII)

Stv. **Breidsprecher** bemängelte die Kennzahlen, sie seien nicht aussagekräftig. Er wünschte, die ursprünglichen Daten aufzuführen, damit sich jeder selbst ein Bild machen könne. Bgm. **Wagner** erklärte, dass die Fallzahlen unterschiedlich seien, weshalb auch die Kennzahlen unterschiedlich seien. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass auch im Jugendhilfeausschuss angeboten worden sei, gemeinsam die Kennzahlen zu überarbeiten. Ferner könnten verschiedene Erklärungen auch aus den Berichten des Jugendamtes entnommen werden.

Seite 345 (Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz)

Stv. **Weiß** zeigte sich verwundert über die ansteigende Zahl der JiS-Vorgänge und der Anzahl strafrechtlich auffällig gewordener Personen. Herr **Becker** wies darauf hin, dass die Kennzahl 2014 „Stand“ sei, also Stand Oktober 2014, keine Hochrechnung auf das ganze Jahr. Die Zahl von 2013 zu 2014 sei gesunken, die Zahl für 2015 sei geschätzt. Stv. **Breidsprecher** vertrat die Ansicht, dass Prävention notwendig sei. Manchmal stünden trotzdem alle Beteiligten den Fakten hilflos gegenüber.

Seite 362 (Städtische Kindertageseinrichtungen)

Stv. **Breidsprecher** erkundigte sich, warum der Ansatz in Zeile 15 fast verdoppelt worden sei. Bgm. **Wagner** erläuterte, dass die Erklärung sich aus Seite 365 ergebe. Außerdem würden die Transferaufwendungen steigen, weil die Kostenbeiträge erhöht worden seien.

Seite 375 (Unterstützung selbstorganisierter Förderung / Freier Träger)

Stv. **Breidsprecher** erkundigte sich nach der Position „Elterninitiativen/Hort“. Herr **Becker** antwortete, dass es sich dabei um folgende Schulen handele:

Albert-Schweitzer-Schule
Dalheimschule
Geschwister-Scholl-Schule
Lotteschule
Ludwig-Erk-Schule
Grundschule Dutenhofen
Grundschule Garbenheim
Philipp-Schubert-Schule
Sayn-Wittgenstein-Schule
Grundschule Naunheim

Seite 403 / Haushaltsantrag 201 (Ungedeckte Sportstätten)

Bgm. W a g n e r erläuterte, dass er dem Magistrat empfehlen werde, dem Antrag zu folgen, wenn anstatt einer Erhöhung des Ansatzes eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung eingestellt werde. Die Einzäunung des Rasenplatzes sei eine Frage, mit der sich die Gremien bereits mehrfach beschäftigt hätten. Der Magistrat sei auch mit dem Sportverein im Gespräch, um eine angemessene Lösung zu finden. Durch die Einzäunung solle eine Nutzung des Rasenplatzes außerhalb der Spielzeiten verhindert werden, auch um Gefahren abzuwenden, etwa weil die freistehenden Tore kippen könnten. Die Verpflichtungsermächtigung sei deswegen das geeignete Mittel, da zunächst die wasser- und umweltrechtlichen Voraussetzungen zu klären seien. Der Ausschuss erklärte sich mit dem Änderungsvorschlag von Bgm. Wagner einverstanden.

Abstimmung mit Änderung (30.000 € **VE**): 7.0.4

Seite 420 / Haushaltsantrag 203 (Soziale Stadtentwicklung)

Stve. W e i ß wies darauf hin, dass die städtischen Gremien bisher nicht mit einem Neubau eines Schülerzentrums befasst worden seien, sie kenne das Projekt nicht. Herr M a t z k e erklärte hierzu, dass in der Nähe der Geschwister-Scholl-Schule in Niedergirmes Kindertagesbetreuung ganztätig angeboten werden solle.

Abstimmung: 10.0.1

Änderungsliste

Bgm. W a g n e r erläuterte kurz die einzelnen Positionen der Änderungsliste.

Abstimmung: 11.0.0

Haushalt insgesamt

Abstimmung: 7.0.4

Zu 3 Anpassung der Nutzungsgebühren der städtischen Bäder
Vorlage: 2307/15 - I/504

Bgm. **W a g n e r** erläuterte die Vorlage. Er sprach von einer moderaten Anpassung, die auch im Vergleich zu anderen Bädern der Region angemessen sei. Zukünftig solle es keinen Fön mehr geben, weshalb auch auf die Benutzungsgebühren verzichtet werden solle.

Abstimmung: 10.0.0

Zu 4 Bürgerbeteiligung Freibad "Domblick"
Vorlage: 2324/15 - I/509
Mitteilungsvorlage

Bgm. **W a g n e r** erläuterte die Mitteilungsvorlage. Stv. **W e i ß** fragte nach den Kosten in Höhe von 79.000 €. Die Mittel seien ausschließlich für die Begleitung der Bürgerbeteiligung durch die Uni Wuppertal, erklärte Bgm. **W a g n e r**. Stv. **K o r n m a n n** erkundigte sich nach dem Verfahren, wie die Bürger ausgewählt werden sollen. Bgm. **W a g n e r** erläuterte hierzu, dass dies ähnlich wie eine ehrenamtliche Tätigkeit - analog des Wahlehrenamtes - sei, das auch abgelehnt werden könne. Grundsätzlich könne bei dem Zufallsprinzip jede/r Bürger/in von Wetzlar ausgewählt werden.

Auf Frage von Stv. **B r e i d s p r e c h e r**, wie lange das Verfahren dauern werde, erklärte Bgm. **W a g n e r**, dass geplant sei, noch in diesem Jahr - voraussichtlich im November 2015 - den städtischen Gremien eine Entscheidungsvorlage zu präsentieren.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 5 Ferienpass/Ferienspiele 2014/2015
- Bericht-

(hierzu wird auf die dem Protokoll beigefügten Anlagen verwiesen)

Herr **H o f m a n n** trug vor, dass die Stadt Wetzlar ihren gesetzlichen Schutzauftrag erfüllt habe, da nur noch solche Vereine gefördert würden, die sich den Bestimmungen des § 72 a SGB VIII unterworfen haben, also einschlägig vorbestrafte Personen nicht mehr im Kinder- und Jugendbereich zu beschäftigen. Bei den Straftaten im Sinne des § 72 a SGB VIII handele es sich überwiegend um Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Misshandlung von Schutzbefohlenen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

Die Ferienangebote des Jugendamtes seien vielfältig. Es bestünden sehr engmaschige Verknüpfungen mit sehr rührigen Vereinen, die jedes Jahr neue Ideen hervorbrächten. Im Jahr 2014 hätten 105 Teilnehmer/innen mit der WetzlarCard an insgesamt 234 Veranstaltungen teilgenommen. Hierdurch seien 1.596 € weniger eingenommen worden. Herr **H o f m a n n** wies abschließend darauf hin, dass die Stadt Wetzlar relativ viele Angebote bei vergleichsweise bescheidenen Haushaltsansätzen realisiere.

Stve. W e i ß fragte nach, ob der Trend anhalte, dass Bewegungsangebote weniger gebucht würden. Sie vertrat die Ansicht, dass Kinder und Jugendliche sich immer weniger bewegen würden. Herr H o f m a n n antwortete, dass im vergangenen Jahr wegen des schlechten Sommerwetters Sportangebote im Freien weniger Zuspruch fanden und auf andere Möglichkeiten ausgewichen worden sei.

Zu 6 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt" - Sachstandsbericht -

a) Niedergirmes

Herr M a t z k e berichtete, dass am 09.12.2014 die Sitzung des Stadtteilbeirates stattgefunden habe. Am 10.12.2014 habe Frau Staatsministerin Priska Hinz Niedergirmes besucht und den Förderbescheid 2014 übergeben. Ferner wies er darauf hin, dass die Girmeser Vereine mittlerweile Angebote im Nachbarschaftszentrum machen würden.

b) Westend

Die Wetzlarer Arbeitsloseninitiative (WALI) startet im Januar ein Projekt für Langzeitarbeitslose. Außerdem habe zu Beginn des Jahres ein neuer Hausmeister seine Arbeit aufgenommen.

c) Dalheim

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2014 sei der Projektantrag eingereicht worden. Wetzlar stehe zunächst auf der Warteliste. Herr M a t z k e rechnete etwa in der zweiten Jahreshälfte mit einer Entscheidung des Ministeriums.

Zu 7 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV L i t z i n g e r schloss die 29. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

L i t z i n g e r

F e t h